



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

IV-6 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXV. GP



**Beratungen des Hauptausschusses
in Angelegenheiten
der Europäischen Union**
(Auszugsweise Darstellung)

Freitag, 11. Juli 2014

Beratungen des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union

(Auszugsweise Darstellung)

XXV. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 11. Juli 2014

Tagesordnung

Aktuelle Aussprache in Angelegenheiten der EU (§ 34 Abs. 6 GOG)

Johannes Hahn wird auch in der nächsten Funktionsperiode als **österreichisches Mitglied der Europäischen Kommission** angehören. Die entsprechende **Nominierung** erfolgte **mehrheitlich im Hauptausschuss mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP** nach einem entsprechenden Antrag der Bundesregierung. **Intensiv diskutiert über die Nominierung wurde aber im vorangegangenen EU-Hauptausschuss**, an dem auch Johannes Hahn sowie zahlreiche Europaabgeordnete teilnahmen.

Bundeskanzler Werner Faymann sowie **Vizekanzler Michael Spindelegger** und **Außenminister Sebastian Kurz** wiesen auf die hohe Reputation Hahns in Brüssel hin und betonten, dass der österreichische Kommissar für Kontinuität in der zukünftigen Kommission sorgen werde, zumal laut aktuellem Stand nur vier bis fünf der derzeitigen Kommissionsmitglieder ihre Arbeit in der künftigen Funktionsperiode fortsetzen werden. Hahn könne daher seine Erfahrungen einbringen, was eine enorme Unterstützung auch für Jean-Claude Juncker als designierten Kommissionspräsident darstellen werde.

Hahn habe in einem der wichtigsten Bereiche, nämlich der Regionalpolitik, hervorragende Arbeit geleistet, lobte **Faymann** die Tätigkeit des Kommissars. Dieser habe seine Arbeit immer als eine gemeinsame europäische Aufgabe gesehen. Der Bundeskanzler hob dabei hervor, dass Hahn mit seinen Reformen in der Regionalpolitik dazu beigetragen habe, dem Ziel näherzukommen, überall in der EU durch entsprechende wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen für die Menschen eine lebenswerte Situation zu schaffen. Leider sei man auf diesem Weg durch die Wirtschaftskrise zurückgeworfen worden. Auch habe Hahn darauf geachtet, dass die Fördermittel korrekt eingesetzt werden, merkte Faymann an. Ihm, Faymann, sei vor allem daran gelegen, die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, vor allem gegen die Jugendarbeitslosigkeit, einzusetzen.

Die Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Hahn habe sehr gut funktioniert, unterstrich **Vizekanzler Michael Spindelegger**. Man habe gemeinsam neue Wege in der Regionalpolitik beschritten. Klein- und Mittelbetriebe könnten nun verstärkt über die EU-Regionalpolitik Förderungen lukrieren. Mit der Entwicklung der Donauraumstrategie habe man in der EU ein Zeichen für eine makroregionale Zusammenarbeit gesetzt, zeigte sich der Vizekanzler zufrieden, der auch den Wunsch und die Hoffnung äußerte, dass Hahn sein Ressort behalten könne. **Johannes Hahn** selbst zeigte ebenfalls Präferenzen dafür, sein bisheriges Aufgabengebiet beibehalten zu können.

EU-Kommissar Hahn äußerte darüber hinaus großes Interesse und die Bereitschaft, die formellen und informellen Gespräche mit dem Österreichischen Parlament zu intensivieren. Dies sei auch vor dem Hintergrund des Vertrags von Lissabon für beide Seiten von enormem Wert, zumal Nationalrat und Bundesrat in der Subsidiaritätskontrolle nunmehr eine starke Rolle innehaben.

Auch die Abgeordneten sowie die anwesenden Mitglieder des Europäischen Parlaments zollten - mit Ausnahme der FPÖ - dem österreichischen Kommissar Anerkennung für dessen Arbeit in den vergangenen fünf Jahren. Grüne und NEOS nahmen aber heftigen Anstoß an der Vorgangsweise der Nominierung. Diese sei nicht akzeptabel, hielt die **Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Ulrike Lunacek (G)** fest. Jean-Claude Juncker sei vom Europäischen Parlament noch nicht gewählt, die Nominierung des österreichischen Kommissionsmitglieds durch den Hauptausschuss erfolge daher zu früh. Außerdem habe das Europäische Parlament mehrmals die Regierungen aufgefordert, im Interessen der Parität innerhalb der Kommission jeweils eine Frau und einen Mann zu nominieren. Die Grünen schlugen daher ein Hearing im Hauptausschuss vor, wo sich vier KandidatInnen - zwei Männer und zwei Frauen - den Fragen der Abgeordneten stellen.

Dieser Kritik schloss sich auch **Matthias Strolz** von den **NEOS** an. Seiner Meinung nach sollten alle Parteien KandidatInnen nominieren können, die sich in einem Hearing in der Bundesversammlung der Wahl stellen. Ein solches Hearing könne aber nur dann sinnvoll durchgeführt werden, wenn man bereits den zukünftigen Aufgabenbereich kennt, monierte Strolz. Der **Bundeskanzler** wiederum meinte, es sei besser, früher dran zu sein als später.

Die Grünen verlangten aufgrund ihrer Kritik, die Entscheidung über die Nominierung Hahns zu vertagen. Der von **Werner Kogler (G)** eingebrachte **Vertagungsantrag** wurde jedoch nur von den Grünen, dem Team Stronach und den NEOS unterstützt und **blieb somit in der Minderheit**. Die Freiheitlichen stellten dazu fest, bei Nominierungen dürfe es nicht um Frau oder Mann gehen, sondern um die Qualifikation der KandidatInnen. Sie lehnten die Nominierung Hahns prinzipiell ab.

Neben der Bundesregierung zollten auch die österreichischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier Johannes Hahn weitgehend Anerkennung für dessen Arbeit in der Kommission. In der Regionalpolitik gehe es nicht nur um viel Geld, sondern auch um gute Nachbarschaftsbeziehungen, die für ein kleines Land besonders wichtig seien, sagte etwa **Klubobmann Andreas Schieder (S)**. Hahn habe sich immer präzise, kompetent und engagiert eingebracht, so die Worte **Josef Caps (S)**, hier stimmten Qualifikation und Persönlichkeit überein. Mit Hahn habe man seitens des Europäischen Parlaments viele Ideen umsetzen können, warb auch **Europaabgeordnete Karin Kadenbach (S)** für Hahns Wiederbestellung.

Klubobmann Reinhold Lopatka (V) wies ebenfalls auf die Bedeutung der Regionalpolitik für Österreich hin, insbesondere für den ländlichen Raum, und betonte, wie wichtig es sei, dass der Regionalkommissar auch Verständnis für die Wirtschaft mitbringt. Mit ähnlichen Worten der Anerkennung stellte **Brigitte Jank (V)** fest, Hahn sei es gelungen, den Schwerpunkt von der Infrastrukturförderung hin zur Wirtschaftspolitik zu verlegen, was vor allem für die Klein- und Mittelbetriebe von Bedeutung sei. Da, wo Wohlstand ist, ist auch Friede, so Jank, die sich auch für eine engere Verknüpfung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Ausbildung aussprach. Hahn könne sich über die Grenzen aller Mitgliedstaaten hinaus höchster Akzeptanz erfreuen, auch im Europäischen Parlament, assistierte **EP-Mitglied Heinz Becker (V)**. Lob kam auch von der Europaparlamentarierin **Monika Vana (G)** und von **Abgeordnetem Werner Kogler (G)**.

Die positive Einschätzung von Hahns letzten fünf Jahren in Brüssel wurde von **Rouven Ertlschweiger (T)** nur bedingt geteilt. Ob sich sein Wirken und seine Entscheidungen als nachhaltig erweisen, müsse sich erst herausstellen, sagte er und prangerte die weit verbreitete Korruption bei der Inanspruchnahme von Fördergeldern an.

Die Ablehnung der Nominierung Hahns erfolge aus inhaltlichen Gründen, erläuterte **Johannes Hübner (F)** die Haltung seiner Fraktion. Die Angleichung der Regionen in punkto Wohlstand sei nicht geschafft worden, sagte er, viele Länder seien nicht in der Lage, die öffentlichen Investitionen selbst zu finanzieren. Die Eurozone sei jene Region, die die Krise am schlechtesten bewältigt habe, weshalb Hübner auch die Einführung des Euro als ein Grundproblem für die wirtschaftlichen Probleme ortete. Besonders erbost zeigte sich Hübner über die auch von Johannes Hahn mitgetragenen Sanktionen gegen Ungarn, in deren Zug die Regionalmittel für 2013 um 50 % eingefroren wurden. Diese Vorgangsweise sei einzigartig und ein beispielloser Skandal, konstatierte er.

Diesen Vorwurf wies **Hahn** mit Entschiedenheit zurück. Neben Ungarn seien auch andere Länder aufgefordert worden, sich an die Stabilitätsregeln zu halten, Ungarn sei dem aber

nicht nachgekommen. Nach Ankündigung von Sanktionen habe Ungarn eingelenkt, sodass die Sanktionen nicht in Kraft getreten seien, fügte er hinzu.

Er sei bemüht gewesen, in der Regionalpolitik eine Balance zwischen Stabilität und Wachstum herzustellen und entsprechende Reformen umzusetzen, erläuterte **Kommissar Hahn** die Grundsätze seiner Politik. Dabei habe die Schaffung von Arbeitsplätzen einen wesentlichen Aspekt dargestellt. Vor allem sei das österreichische Modell der dualen Ausbildung auf großes Interesse vieler anderer Mitgliedstaaten gestoßen. Regionalmittel könnten nun dafür zur Verfügung gestellt werden, wobei man nicht nur auf die notwendige Qualifikation der SchulabgängerInnen achten müsse, sondern es auch darum gehe, die entsprechenden Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Hahn ging damit auf die Forderungen von **Andreas Schieder (S)** und **Christine Muttonen (S)** ein, die Regionalmittel zielgerichtet im Interesse der Beschäftigung, vor allem der Jugendbeschäftigung, einzusetzen. Wesentliche Ziele sollten dabei auch die Frauenförderung, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, soziale Dienstleistungen und der Breitbandausbau sein, insbesondere in ländlichen Gebieten, hielt **Muttonen** fest.

In der abgelaufenen Funktionsperiode seien die Förderungen für die Regionalpolitik in einen strategischen Rahmen mit einer thematischen Schwerpunktsetzung eingebettet worden, informierte **Hahn**. Es sei ihm gelungen, von den Investitionsförderungen hin zu einer Politik der wirtschaftlichen Stimulierung zu gelangen und ergebnisorientiert zu agieren, damit die Förderungen auch nachhaltig wirken. Er habe dabei besonders auf die Klein- und Mittelbetriebe geachtet, die ein wichtiger Arbeitgeber sind, und versucht, die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zu unterstützen. Auch in Rumänien und Bulgarien könne man trotz aller Schwierigkeiten eine positive Entwicklung feststellen, die administrativen Kapazitäten, um die Mittel auch abrufen zu können, hätten sich erhöht.

Keine Region sei so internationalisiert wie die EU, sagte der EU-Kommissar weiter, jeder vierte Arbeitsplatz in Österreich und jeder fünfte innerhalb der EU hänge vom Export ab. Die Forschungszone in der EU sei aber viel kleiner als die Eurozone, so die warnenden Worte Hahns, weshalb es hier einer nachhaltigen Verbesserung bedürfe. In diesem Zusammenhang gehe es auch darum, den Brain-Drain in Europa zu stoppen und die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass die Menschen wieder in ihre Heimatregionen zurückkehren.

Besonders wichtig sei es ihm, dass die Regeln bei der Inanspruchnahme von Fördergeldern eingehalten und die Mittel nicht missbräuchlich verwendet werden. Das habe nicht überall Begeisterung ausgelöst, räumte er ein, aber es sei notwendig, in diesem Bereich konsequent gegen Korruption vorzugehen.

Ein weiterer Schwerpunkt sei für ihn die Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz. Dafür würden 40 Mrd. € aufgewendet. Überdies trete er für verbindliche Ziele zur Steigerung der Energieeffizienz ein, bekräftigte er gegenüber der **Vizepräsidentin des Europaparlaments Ulrike Lunacek (G)**. Auch im Bereich von CO₂-Reduktion und der erneuerbaren Energien trete er für quantifizierbare Ziele ein. Mit Bedauern stellte **Hahn** gegenüber **Josef Cap (S)** und **Norbert Hofer (F)** fest, dass Österreich das einzige Land sei, wo es ein starkes Bewusstsein hinsichtlich der Gefahren bei der friedlichen Nutzung von Atomenergien gebe. Man dürfe sich auch nicht der Illusion hingeben, dass die Sensibilität gegenüber den AKWs heute noch immer so hoch ist wie kurz nach der Katastrophe von Fukushima. Jedenfalls aber seien die Stresstest ein erster Schritt in Richtung EU-weiter Sicherheitsstandards für AKWs.

In der Diskussion wurden zahlreiche weitere Detailfragen angesprochen, unter anderem auch die Verhandlungen zwischen der EU und den USA zu einem Handels- und Investitionsabkommen (TTIP). Dazu stellte **Hahn** dezidiert fest, die EU werde auf keinen Fall europäische Standards opfern, er fühle sich den europäischen Standards verpflichtet und mit seiner Stimme wolle er diese auch gewährleisten. Was den heftig umstrittenen Investitionsschutz betrifft, so zeigte sich Hahn äußerst skeptisch. Die Verhandlungen darüber seien derzeit ausgesetzt und die Kommission habe darüber eine öffentliche Konsultation geführt, wobei rund 42. 000 Stellungnahmen eingegangen seien. Für Hahn steht außer Frage, dass man die diesbezüglichen Vorschläge überdenken werden muss, da es nicht angehe, eine demokratisch legitimierte Struktur durch Gerichte auszuhebeln. Gleichzeitig räumte er ein, dass die Mitgliedstaaten unterschiedliche Interessen und Schwerpunkte haben. Jedenfalls werden sowohl das Europäische Parlament als auch die nationalen Parlamente über das Ergebnis zu entscheiden haben.

Auch **Bundeskanzler Werner Faymann** stellte klar, es gehe nicht an, einem Unternehmen eine Klagemöglichkeit gegen gesetzliche Verbesserungen im Umwelt- und Sozialbereich einzuräumen. Dennoch sei man an einem Investitionsschutz interessiert, dieser könne aber nicht auf Kosten der Sozialpolitik und der Umwelt gehen. Beide reagierten damit auf Wortmeldungen der **Abgeordneten Josef Cap (S), Norbert Hofer (F), Rouven Ertlschweiger (T) und MEP Michel Reimon (G)**.

Heftige Kritik am Besuch Putins in Österreich und vor allem am geplanten Projekt South Stream kam von **MEP Ulrike Lunacek (G)**. Dies sei kein EU-Projekt, sagte sie. Im Gegensatz dazu hielt **Josef Cap (S)** South Stream für eine gute Sache, er verteidigte zudem den Besuch Putins als "goldrichtig", zumal man von Seiten Österreichs auch kritische Worte zur Ukrainepolitik Russlands gefunden habe. Ziel der EU sei eine Diversifikation sowohl von Energiequellen als auch von Transportwegen, bemerkte dazu **Kommissar Johannes Hahn**. Energiepolitik falle in die nationale Kompetenz und der Europäischen Kommission gehe es nur darum, dass die Binnenmarktregeln respektiert werden.

Hahn trat weiters für strengere Lobby-Regeln ein, um auch diesen Bereich wesentlich transparenter zu gestalten. Er unterstütze damit die diesbezüglichen Aussagen Jean-Claude Junckers zu diesen Themen.

Von den **Abgeordneten Reinhold Lopatka (V), Brigitte Jank (V)** sowie vom **Europaparlamentarier Heinz Becker (V)** wurde die Donauraumstrategie als ein wichtiges Projekt angesprochen. Jank sah darin nicht nur die Möglichkeit der regionalen Wirtschaftsförderung, sie plädierte vor allem auch für eine stärkere Kooperation im Bildungsbereich, insbesondere auf universitärer Ebene.

Werner Kogler (G) kritisierte zudem den derzeitigen Stand der Finanztransaktionssteuer, während **MEP Karin Kadenbach (S)** sich dazu positiv äußerte. Die Lobbyisten hätten bei den RegierungschefInnen und FinanzministerInnen ein Eingangstor gefunden, mutmaßte **Kogler**, und nun sehe es so aus, als ob eine reine Börsenumsatzsteuer übrigbleibe, womit der Schaden noch größer wäre. Der **Bundeskanzler** meinte dazu, man brauche nun endlich einen Durchstart in die richtige Richtung.

Die neu gewählte **Europaparlamentarierin Angelika Rosa Mlinar (N)** machte sich für das Rederecht von EU-ParlamentarierInnen im Österreichischen Parlament stark. Auf EU-Ebene zeichne sich nach der Nominierung Junckers als Kommissionspräsident aufgrund der europaweiten Spitzenkandidaturen ein Schub in Richtung mehr Demokratie ab, hielt sie fest. Es sei daher notwendig, die EU auch in den Köpfen der Menschen bewusster zu machen. Eine Möglichkeit dazu wäre das Rederecht für EU-ParlamentarierInnen in den nationalen Parlamenten. Österreich könnte dabei eine Vorreiterrolle übernehmen, erinnerte sie an den Antrag der NEOS im Nationalrat. "Wir müssen zu einer besseren Verzahnung von EU und nationalen Parlamenten kommen", bemerkte dazu **Klubobmann Matthias Strolz (N)**.

MEP Ulrike Lunacek (G) sprach wie **Matthias Strolz (N)**, **Angelika Rosa Mlinar (N)** und **Josef Cap (S)** in der Diskussion die mögliche Einberufung eines EU-Konvents zur Vertragsänderung an. Die EU müsse auf festere politische Beine gestellt werden, sagte **Lunacek**, Europa brauche eine neue Software, so der Kommentar von **Matthias Strolz** dazu. **Bundeskanzler Werner Faymann** konnte dem viel Sympathie abgewinnen und stellte fest, die Bundesregierung sei dafür, möglichst früh mit dem Konvent zu beginnen, da man mit einem langen Zeithorizont für die Diskussion rechnen müsse.

Zurückhaltender äußerte sich in dieser Frage **Josef Cap (S)**. Grundlage für einen erfolgreichen Konventsverlauf sei eine im Vorfeld vorgenommene Definition, mit welchem Ziel man in einen solchen Konvent hineingehe. Er warnte auch vor den in einigen Ländern notwendigen Volksabstimmungen über eine Vertragsänderung und befürchtete, dass dies alles zu einer Renationalisierungsdebatte führen könnte. Auch **Kommissar Johannes Hahn** meinte dazu, der Prozess müsse solide aufgesetzt werden, es zähle die Qualität und nicht die Geschwindigkeit.

Man müsse nun Reformen angehen und Nägel mit Köpfen machen, konstatierte **Rouven Ertlschweiger (T)**, um Europa für die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts fit zu machen. Ihm zufolge ist es notwendig, die Menschen für die Arbeit der EU und das friedliche Miteinander zu sensibilisieren. Kritik übte er daran, dass die Subsidiarität nur bedingt gelebt würde und die Regierungen unliebsame Aufgaben an die EU abwälzten. Nachdem sich **Norbert Hofer (F)** dafür ausgesprochen hatte, die Landwirtschaft wieder in nationale Kompetenzen überzuführen, hielt **Hahn** fest, Österreich könne froh sein, dass die Landwirtschaft vergemeinschaftet ist, ansonsten wären notwendige Reformen nicht möglich gewesen. Hinsichtlich der Subsidiarität räumte er aber ein, man müsse in Zukunft sicherstellen, dass manche Ideen, die keine europäischen Themen sind, von verschiedenen Seiten aber an die Kommission herangetragen werden, von der Kommission nicht weiterverfolgt werden.